

Branchen | Slowenien | Wasserkraft

Neue Wasserkraftwerke vor Baustart

Der geplante Bau einiger neuer Wasserkraftwerke an der mittleren Save in Slowenien hat eine wichtige Hürde genommen. Weitere Vorhaben könnten in nächster Zeit folgen.

19.10.2020

Von Waldemar Lichter | Ljubljana

Der staatliche Stromversorger Holding Slovenske Elektrarne ([HSE](#)) und die slowenische Regierung haben einen Konzessionsvertrag für die Wassernutzung im mittleren Abschnitt des Flusses Save für die Stromerzeugung unterzeichnet. Dieser ist Voraussetzung dafür, das Genehmigungsverfahren für die geplanten neuen Wasserkraftanlagen voranzutreiben.

In dem jetzt genehmigten Abschnitt sollen zunächst drei Wasserkraftwerke entstehen, in Suhadol, Trbovlje und Renke. Die Investitionskosten werden auf zusammen 350 Millionen Euro geschätzt. Davon würden je rund 100 Millionen Euro auf die Anlagen selbst entfallen. Weitere 50 Millionen bis 60 Millionen Euro dürfte der Bau der dazugehörigen Infrastruktur, etwa der Zugangsstraßen, kosten.

HSE rechnet mit der Fertigstellung der drei Kraftwerke innerhalb von zehn Jahren. Der Bau des ersten könnte 2024 beginnen, die beiden anderen sollten zwei oder drei Jahre später folgen. Vor dem Baustart müssen noch die Raumordnungspläne verabschiedet werden, was innerhalb von drei Jahren geschehen soll. Anschließend werden Baugenehmigungen erteilt.

Im Gespräch ist der Bau weiterer Wasserkraftwerke am mittleren Save-Lauf. Insgesamt könnten damit zwischen Medvode und Vrhovo neun bis zwölf Anlagen entstehen. Ihre Leistung könnte 300 Megawatt erreichen.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Slowenien


Wasserkraft / Bau, übergreifend

Branchen

Kontakt

Inge Kozel

Wirtschaftsexpertin

 +49 30 200 099 365

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

NEUE WASSERKRAFTWERKE VOR BAUSTART

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.